

„Well you get on your feet
and out on the street
singing power to the people“
John Lennon 1971



Gemeinsam gegen die Reformen der Bundesregierung



Das geht nicht besser! Das geht nur ganz anders!

Noch Anfang des Jahres erteilte DGB-Chef Sommer Aktionen gegen die Regierungspolitik eine Absage. An der Demonstration der 20000 am 3. Juni in Berlin unter dem Motto "Schluss mit den Reformen gegen uns!" beteiligten sich die Gewerkschaften nicht. Mittlerweile hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die Kurve gekriegt und ruft für den 21. Oktober zu Protesten in Berlin, Dortmund, Frankfurt/M., Stuttgart und München auf. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Was bleibt auch übrig nach Hartz IV, der Mehrwertsteuererhöhung, der angekündigten Rente mit 67 und der geplanten Gesundheitsreform? Stillhalten schadet den Gewerkschaften nur. Doch leider will der DGB die Reformen der Großen Koalition CDU/CSU-SPD nur "begleiten". Deshalb die saft- und kraftlose Parole "Das geht besser. Aber nicht von allein". Kann damit ein Hartz IV-Empfänger in die Proteste einbezogen werden? Hartz IV muss weg! Aber schließlich haben Gewerkschaftsvertreter ja an Hartz IV mitgewirkt.

"Das geht besser" deutet auf bloßes Dampfablassen hin. Soll der Aktionstag am 21. Oktober nicht Auftakt sondern Ende des "Widerstandes" der Gewerkschaften sein? Will die Gewerkschaftsbürokratie bloß mit der Regierung wieder ins Gespräch kommen?

Reformen verhindern statt begleiten!

Es gibt auch andere Töne. In Bayern erklärte der DGB-Vorsitzende Schösser vor IGM-Vertrauensleuten: "Wenn wir im Herbst mit unsere Kampagne nichts erreichen, soll die Auseinandersetzung in den nächsten Tarifrunden gegenüber den Unternehmern fortgesetzt werden." Das wäre neu. Schließlich wurde immer gesagt, "was in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung an gewerkschaftliche Forderungen nicht durchgesetzt werden kann, kann in der Tarifpolitik nicht zurück geholt werden."

Und Schösser setzte gegenüber den Vertrauensleuten noch eins drauf: Er forderte: "Im Vorfeld des 21. Oktober darf keine Betriebsversammlung, Betriebs/Personalrats- und VK-Sitzung ohne die Thematisierung des gigantischen Umverteilungsprogramms der Regierung stattfinden". Schösser schlug sogar verlängerte Betriebsversammlungen zur Reformpolitik vor. Das wäre zumindest ein Ansatz, um die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zu mobilisieren.

Nur außerparlamentarische Opposition bricht die Offensive des Kapitals!

Wir meinen: Die Reformvorhaben müssen verhindert werden! Die Proteste der StudentInnen und GewerkschafterInnen in Frankreich haben gezeigt, wie so etwas geht. Sie haben die Reform CPE bei der Ersteinstellung gekippt. Selbst Oskar Lafontaine und Gregor Gysi fordern in ihrem Aufruf zur Gründung einer neuen Linken: "Die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sollen wie in anderen europäischen Ländern das Recht auf einen politischen Streik, den Generalstreik haben". Es wird Zeit, dass wir über solche Aktionsformen auch innerhalb der Gewerkschaften reden. Wir fordern: – Mindesteinkommen 1500 Euro brutto - Mindestlohn 10 Euro / Stunde!; – Verbot von Entlassungen in Betrieben, die Gewinne machen!; – Einführung der 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sofort!; – Arbeitszeitverkürzung bis alle Arbeit haben.

Am 21.10. alle nach Dortmund!

Gegen die Reformpolitik der Bundesregierung mobilisieren die Gewerkschaften bundesweit zu Kundgebungen in Berlin, Dortmund, Frankfurt/M., Stuttgart und München. Wer nicht nur motzen, sondern sich wehren will, fährt mit der IG Metall am 21.10. nach Dortmund. Die Busse sind kostenlos. Bitte die Vertrauensleute ansprechen!

Wie sicher ist unsere Betriebsrente?

Es steht nicht zum Besten um unsere Betriebsrente. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) untersagte bekanntlich der Pensionskasse das Neugeschäft außerhalb der ehemaligen Babcockunternehmen. Zwar sollen unsere Pensionen sicher angelegt sein. Aber die Babcock Pensionskasse ist nicht Mitglied im Pensionsversicherungsverein, der bei einem Zusammenbruch einspringen würde, sondern nur im Pensionskassenverband, d.h. im Unternehmerverband der Pensionskassen.

Von den 480 Mio. Euro Kapital sind ca. 40% in Aktien und ca. 40% in Beteiligungen angelegt. Aufgrund von Verlusten wurden Rückstellungen auf Kosten des Eigenkapitals vorgenommen. Warum informieren uns die Arbeitnehmervertreter aus der Vertreterversammlung der Pensionskasse nicht ausführlich, wie hoch die Verluste wirklich sind? Wo sind sie angefallen?

Normalerweise bekommen wir alle paar Jahre von der Pensionskasse einen Nachweis über die Höhe unserer persönlichen Betriebsrente zugeschickt. Dieser wäre 2005 fällig gewesen. Auch im Fall einer fehlenden Gewinnausschüttung hätte eine Mitteilung erfolgen müssen. Hat etwa die Vertreterversammlung der Pensionskasse beschlossen, uns keinen Beleg zu schicken? Aber ein solcher Beschluss kann eine gesetzliche Mitteilungspflicht nicht aufheben!

Hitachi Power Europe: Überstunden geringer bezahlt als Normalstunden!

Über die glänzende Lage auf dem Kraftwerksmarkt sind wir alle hinreichend informiert. Arbeitskräfte werden laufend neu eingestellt. *Was tun* forderte deshalb auf, die gute Marktlage für Lohn- und Gehaltserhöhungen zu nutzen.

Nun hat die Betriebsratsspitze der Hitachi um Norbistrath eine „Ergänzung zur Betriebsvereinbarung über die Weiterführung der Vertrauensarbeitszeit“ abgeschlossen. Demnach „ist eine Mehrarbeit von 10 Stunden pro Woche bzw. 43,5 Stunden pro Monat zu leisten“. Aber für die Überstunden bekommen wir weniger bezahlt als für Normalstunden!

Ein Angestellter in K/T6 erhält lt. Tabelle der Hitachi Power Europe ein monatliches Gehalt von 4429,93 Euro – bei Hitachi 5,78% (beim Service 7,5%) unter dem Flächentarifvertrag der IG Metall. Dafür arbeitet ein/e Angestellte/r bei Hitachi 152,25 Stunden im Monat, was ein Gehalt von 29,10 Euro pro Stunde ergibt. Für die 10 Stunden wöchentliche Mehrarbeit erhält man in K/T6 einen Pauschalwert von 267,82 Euro, d.h. einen Stundenlohn von 26,78 Euro. Demnach zahlt Hitachi in K/T6 für eine Normalstunde 29,10 Euro – für eine Überstunde aber nur 26,78 Euro und damit 2,32 Euro weniger.

Kommentar

Kein Vertrauen zur Vertrauensarbeitszeit!

Die Lage auf dem Kraftwerksmarkt ist mehr als gut. Bei der Hitachi ist „eine länger anhaltende Überlastsituation abzusehen“. Der Sektionsleiter, der verkündete: „Niemand, der bei der Babcock-Pleite entlassen wurde, wird wieder neu eingestellt“, hat sich längst selbst widerlegt. Sogar aus der Rente werden Kollegen wieder zurückgeholt.

Eine solch glänzende Gelegenheit bietet sich so schnell nicht wieder, ... um in den Flächentarifvertrag der IG Metall zurückzukehren, ... um Überstunden mit vollem Zuschlag bezahlen zu lassen, ... um innerbetriebliche Lohnerhöhungen durchzusetzen...

Die Monteure des Babcock Industrie-Rohrleitungsbaus reagierten sofort auf die günstige Situation und setzten auf zwei Baustellen in Holland die Zahlung ab der 1. Überstunde durch, um aus Stundenkonten und Flexibilisierung herauszukommen.

Diese Kollegen zeigen mehr Einblick in die wirtschaftliche Lage und beweisen mehr Realitätssinn als etwa der Betriebsratsvorsitzende der Hitachi Europe, Norbistrath, der im Mai 2006 die unsägliche Ergänzungsvereinbarung Vertrauensarbeitszeit unterschrieben hatte. Wenn wir für Überstunden weniger bekommen als für Normalstunden, dann sind Zweifel angebracht, ob ein Vorsitzender überhaupt das A, B, C der Betriebsratstätigkeit beherrscht. Vielleicht sollte man die uns fehlende Differenz vom Gehalt derjenigen Betriebsräte abziehen, die für die Regelung gestimmt haben. Über deren Zurückhaltung können sich die leitenden Angestellten der Hitachi nur freuen, fällt dafür doch eine komplett neue und komfortable Fahrzeugflotte ab.

Wenn bei Hitachi, beim Service und bei der Fertigung der IGM-Flächentarifvertrag nicht gilt, dann ist es höchste Zeit sich zusammenzusetzen und *gemeinsam* eine Kampagne für die Rückkehr zu starten. Denn wozu ist die IG Metall da?

Keine weitere Schließung von Stadtteilbädern in Oberhausen!

Die Große Koalition von SPD, CDU und FDP will drei Oberhausener Bäder schließen: Das Freizeitbad Ost, das Freibad Alsbachtal und das Sportbad Osterfeld. So entschied der Stadtrat am 28.8. Beim CentrO soll ein Spaßbad Aqua-Park entstehen, ... damit einige zehntausend Menschen mehr ins CentrO einkaufen gehen.

In Mülheim hatte ein Bürgerinitiative durch ein Bürgerbegehren die



geplante Schließung des Freibades MH-Styrum verhindert. Es wurde zu einem Naturbad ausgebaut. In Oberhausen sammelt die Initiative *Bürger für Stadtteilbäder* Unterschriften für ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid zur Erhaltung des Freizeitbades Ost, des Freibades Alsbachtal und des Sportbades Osterfeld!

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid hängen allein von der Eigenaktivität und dem Willen der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger, besonders von den Anwohnern in den Stadtteilen, ab. Die Bürgerinitiative zum Erhalt der Stadtteilbäder trifft sich jeden Mittwoch um 19:30 Uhr im Haus Union, Schenkendorfstr. 13.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbst entscheiden!

(aus einem Flugblatt der Initiative *Bürger für Stadtteilbäder*)